

Offene Fragen der Geschichte Band 4

Chronik von 1900 bis 1933

Kampf um die Weltherrschaft,
Erster Weltkrieg,
Versailler Friedensverhandlungen,
Gründung der Weimarer Republik,
Gründung der UdSSR,
Faschismus,
Nationalismus und Diktaturen,
Weltwirtschaftskrise,
Hitlers Machtübernahme,
NS-Terrorismus ...

Band 4/025

Chronik vom 10. Juni 1933 bis zum 27. November 1933

10.06.1933

Türkei: Der ehemalige sowjetische Volkskommissar Leo Trotzki (1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen) publiziert am 10. Juni 1933 in der Türkei seine Denkschrift "Porträt des Nationalsozialismus" (x245/319-323): >>... Zu Beginn seiner politischen Laufbahn zeichnete sich Hitler vielleicht nur durch größeres Temperament, eine lautere Stimme und selbstsichere geistige Beschränktheit aus. Er brachte in die Bewegung keinerlei fertiges Programm mit – wenn man den Rachedurst des gekränkten Soldaten nicht zählt.

Hitler begann mit Verwünschungen und Klagen über die Versailler Bedingungen, über das teure Leben, über das Fehlen des Respekts vor dem verdienten Unteroffizier, über das Treiben der Bankiers und Journalisten mosaikartigen Bekenntnisses. Heruntergekommene, Verarmte, Leute mit Schrammen und frischen blauen Flecken fanden sich genug. Jeder von ihnen wollte mit der Faust auf den Tisch hauen. Hitler verstand das besser als die anderen. Zwar wußte er nicht, wie der Not beizukommen sei. Aber seine Anklagen klangen bald wie Befehl, bald wie Gebet, gerichtet an das ungnädige Schicksal.

Todgeweihte Klassen werden – ähnlich hoffnungslosen Kranken – nicht müde, ihre Klagen zu variieren und Tröstungen anzuhören. Alle Reden Hitlers sind auf diesen Ton gestimmt. Sentimentale Formlosigkeiten, Mangel an Disziplin des Denkens, Unwissenheit bei buntscheckiger Belesenheit – all diese Minus verwandelten sich in ein Plus. Sie gaben ihm die Möglichkeit, im Bettelsack "Nationalsozialismus" alle Formen der Unzufriedenheit zu vereinen und die Masse dorthin zu führen, wohin sie ihn stieß.

Von den eigenen Improvisationen des Beginns blieb im Gedächtnis des Agitators nur das haften, was Billigung fand. Seine politischen Gedanken waren die Frucht der rhetorischen Akustik. So ging die Auswahl der Losungen vonstatten. So verdichtete sich das Programm. So bildete sich aus dem Rohstoff der "Führer". ...

Der Kleinbürger ist dem Entwicklungsgedanken feind, denn die Entwicklung geht beständig gegen ihn – der Fortschritt brachte ihm nichts als unbezahlbare Schulden.

Der Nationalsozialismus lehnt nicht nur den Marxismus, sondern auch den Darwinismus ab. Die Nazis verfluchen den Materialismus, weil die Siege der Technik über die Natur den Sieg des großen über das kleine Kapital bedeuten.

Die Führer der Bewegung liquidieren den "Intellektualismus" nicht so sehr deshalb, weil sie selbst mit einem Intellekt zweiter und dritter Sorte versehen sind, sondern vor allem, weil ihre geschichtliche Rolle es ihnen nicht gestattet, irgendeinen Gedanken zu Ende zu führen.

Der Kleinbürger braucht eine höchste Instanz, die über Natur und Geschichte steht, gefeit gegen Konkurrenz, Inflation, Krise und Versteigerung. Der Evolution, dem "ökonomischen Denken", dem Rationalismus – dem zwanzigsten, neunzehnten und achtzehnten Jahrhundert – wird der nationale Idealismus als die Quelle des Heldischen entgegengestellt. Die Nation Hitlers ist ein mythologischer Schatten des Kleinbürgertums selbst, sein pathetischer Wahn vom tausendjährigen Reich auf Erden.

Um die Nation über die Geschichte zu erheben, gab man ihr als Stütze die Rasse. ... Die Eigenschaften der Rasse werden ohne Bezug auf die veränderlichen gesellschaftlichen Bedingungen konstruiert. Das niedrige "ökonomische Denken" ablehnend, steigt der Nationalsozialismus ein Stockwerk tiefer, gegen den wirtschaftlichen Materialismus beruft er sich auf den zoologischen.

Die Rassentheorie – wie besonders geschaffen für einen anspruchsvollen Autodidakten, der nach einem Universalschlüssel für alle Geheimnisse des Lebens sucht – sieht im Licht der Ideengeschichte besonders kläglich aus.

Die Religion des rein Germanischen mußte Hitler aus zweiter Hand beim französischen Diplomaten und dilettierenden Schriftsteller Gobineau entlehnen.

Die politische Methodologie fand Hitler fertig bei den Italienern vor. Mussolini hat sich ausgiebig der Marxschen Theorie des Klassenkampfes bedient.

Der Marxismus selbst war die Frucht einer Verbindung deutscher Philosophie, französischer Geschichtsschreibung und englischer Ökonomie. In der Genealogie der Ideen – selbst der rückschrittlichsten und stumpfsinnigsten – findet sich vom Rassismus keine Spur. ...

Auf der Ebene der Politik ist der Rassismus eine aufgeblasene und prahlerische Abart des Chauvinismus, gepaart mit Schädellehre. Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Bluts, so besäuft sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse.

Es verdient Beachtung, daß die Führer des Nationalsozialismus nicht germanische Deutsche sind, sondern Zugewanderte: aus Österreich, wie Hitler selbst, aus den ehemaligen baltischen Provinzen des Zarenreichs, wie Rosenberg, aus den Kolonialländern, wie der augenblickliche Stellvertreter Hitlers in der Parteileitung, Heß, und der neue Minister Darré.

Es bedurfte der Schule barbarischer nationaler Balgerei in den kulturellen Randgebieten, um den Führern die Gedanken einzuflößen, die später ein Echo im Herzen der barbarischsten Klassen Deutschlands fanden.

Die Persönlichkeit und die Klasse – der Liberalismus und der Marxismus – sind das Böse. Die Nation ist das Gute. Doch an der Schwelle des Eigentums verkehrt sich diese Philosophie ins Gegenteil.

Nur im persönlichen Eigentum liegt das Heil. Der Gedanke des nationalen Eigentums ist eine Ausgeburt des Bolschewismus. Obwohl er die Nation vergottet, will der Kleinbürger ihr doch nichts schenken. Im Gegenteil erwartet er, daß die Nation ihm selbst Besitz beschert und diesen dann gegen Arbeiter und Gerichtsvollzieher in Schutz nimmt.

Vor dem Hintergrund des heutigen Wirtschaftslebens – international in den Verbindungen, unpersönlich in den Methoden – scheint das Rassenprinzip einem mittelalterlichen Ideenfriedhof entstiegen. Die Nazis machen im voraus Zugeständnisse: Im Reich des Geistes wird Rasseneinheit durch den Paß bescheinigt, im Reich der Wirtschaft aber muß sie sich durch Geschäftstüchtigkeit ausweisen. Unter heutigen Bedingungen heißt das: durch Konkurrenzfähigkeit. So kehrt der Rassismus durch die Hintertür zum ökonomischen Liberalismus – ohne politische Freiheiten – zurück.

Praktisch beschränkt sich der Nationalismus in der Wirtschaft auf – trotz aller Brutalität – ohnmächtige Ausbrüche von Antisemitismus. ...

Der deutsche wie der italienische Faschismus stiegen zur Macht über den Rücken des Kleinbürgertums, das sie zu einem Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie zusammenpreßten.

Aber der Faschismus, einmal an der Macht, ist alles andere als eine Regierung des Kleinbürgertums. Mussolini hat recht, die Mittelklassen sind nicht fähig zu selbständiger Politik. In Perioden großer Krisen sind sie berufen, die Politik einer der beiden Hauptklassen bis zur Absurdität zu treiben. Dem Faschismus gelang es, sie in den Dienst des Kapitals zu stellen.

Solche Lösungen wie die Verstaatlichung der Trusts und die Abschaffung des "arbeits- und mühelosen Einkommens" waren nach Übernahme der Macht mit einem Mal über Bord geworfen. Der Partikularismus der deutschen Länder, der sich auf die Eigenarten des Kleinbürgertums stützte, hat dem politischen Zentralismus Platz gemacht, den der moderne Kapitalismus braucht. Jeder Erfolg der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik wird unvermeidlich Erdrückung des kleinen Kapitals durch das große bedeuten.

Das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen wird dabei nicht abgeschafft, es wird einfach von der Wirklichkeit abgetrennt und in Ritualhandlungen aufgelöst. Die Vereinigung aller Klassen läuft hinaus auf die Halbsymbolik der Arbeitsdienstpflicht und die Beschlagnahme des Arbeiterfeiertages "zugunsten des Volkes". ...

Indem er das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen auf elende bürokratische Maskeraden reduziert, erhebt sich der Nationalsozialismus über die Nation als reinste Verkörperung des Imperialismus.

Die Hoffnung darauf, daß die Hitlerregierung heute oder morgen als Opfer ihres inneren Bankrotts fallen werde, ist völlig vergeblich. Das Programm war für die Nazis nötig, um an die Macht zu kommen, aber die Macht dient Hitler durchaus nicht dazu, das Programm zu erfüllen. Die gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel des Volkes im Interesse des Imperialismus – die wahre geschichtliche Sendung der faschistischen Diktatur – bedeutet die Vorbereitung des Krieges; diese Aufgabe duldet keinerlei Widerstand von innen und führt zur weiteren mechanischen Zusammenballung der Macht.

Den Faschismus kann man weder reformieren noch zum Abtreten bewegen. Ihn kann man nur stürzen. Der politische Weg der Naziherrschaft führt zur Alternative Krieg oder Revolution.

Der erste Jahrestag der Nazidiktatur steht bevor. Alle Tendenzen des Regimes haben sich inzwischen klar und deutlich entfalten können. Die "sozialistische" Revolution, die den kleinbürgerlichen Massen die unentbehrliche Ergänzung der "nationalen" schien, wurde offiziell verdammt und liquidiert.

Die Klassenverbrüderung gipfelt darin, daß – an einem eigens von der Regierung bestimmten Tage – die Reichen zugunsten der Armen auf Vor- und Nachtsch verzichten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß man die halbe Hungerration noch einmal teilt. Alles übrige ist Produkt der manipulierten Statistik. Die "geplante" Autarkie erweist sich als ein neues Stadium wirtschaftlichen Zerfalls.

Je weniger das Polizeiregime der Nazis ökonomisch leistet, desto größere Anstrengungen muß es auf außenpolitischem Gebiet unternehmen. Dies entspricht völlig der inneren Dynamik des durch und durch aggressiven deutschen Kapitals. Das Umschwenken der Naziführer auf Friedensdeklarationen kann nur Dummköpfe irreführen. Hitler hat kein anderes Mittel, die Schuld an inneren Schwierigkeiten auf äußere Feinde abzuwälzen und die Sprengkraft des Imperialismus unter dem Druck der Diktatur zu steigern.

Dieser Teil des Programms, der noch vor der Machtergreifung der Nazis offen angekündigt wurde, realisiert sich jetzt mit eiserner Logik vor den Augen der ganzen Welt.

Die Zeit, die uns bis zur nächsten europäischen Katastrophe bleibt, ist befristet durch die deut-

sche Aufrüstung. Das ist keine Frage von Monaten, aber auch keine von Jahrzehnten. Wird Hitler nicht rechtzeitig durch innerdeutsche Kräfte aufgehalten, so wird Europa in wenigen Jahren neuerlich in Krieg gestürzt. ...<<

16.06.1933

NS-Regime: Die Volkszählung für das Deutsche Reich (ohne Saargebiet) ergibt am 16. Juni 1933 folgendes Ergebnis (x032/64): >>65,3 Millionen Einwohner. 31,7 Millionen Einwohner sind männlichen Geschlechts, 33,6 Millionen weiblichen Geschlechts (Zunahme seit Juni 1925 um 2,7 Millionen = 4,4 %). Es gibt 41.080.024 Personen evangelischer Religionszugehörigkeit, 21.760.065 römisch-katholischen Glaubens, 13.086 orthodoxe Christen, 22.049 Altkatholiken, 502.799 Glaubensjuden, 153.297 Mitglieder von Weltanschauungsgemeinschaften, 2.441.714 Gemeinschaftslose und 56.414 Personen, die keine näheren Angaben machen.<<

17.06.1933

NS-Regime: Der ungarische Ministerpräsident Gyula Gömbös von Jákfa (1886-1936, ein rechtsradikaler Politiker und fanatischer Antisemit) ist der erste ausländische Regierungschef, der Hitler am 17. Juni 1933 offiziell besucht (x051/221).

Hitler ernennt Baldur von Schirach am 17. Juni 1933 zum Jugendführer des Deutschen Reiches. Schirach erhält damit die Aufsicht über die gesamte NS-Jugendarbeit.

18.06.1933

CSR: In Karlsbad berichtet am 18. Juni 1933 die erste Ausgabe der sozialdemokratischen Wochenzeitung "Neuer Vorwärts" (x032/64-65): >>Zerbrecht die Ketten!

Der Welt die Wahrheit zu sagen und dieser Wahrheit auch den Weg nach Deutschland zu öffnen, ist unsere Aufgabe.

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein!

Brecht die Ketten!

Vorwärts!<<

24.06.1933

NS-Regime: Wegen fehlender Reichskirchenverfassung wird die Wahl des evangelischen Reichsbischofs nicht anerkannt. Hitler läßt am 24. Juni 1933 einen NS-Staatskommissar einsetzen, um die kirchlichen Angelegenheiten zu regeln.

Reichsbischof Friedrich von Bodelschwingh kapituliert danach vor dem Druck des NS-Regimes und tritt zurück.

29.06.1933

NS-Regime: Am 29. Juni 1933 wird der ehemalige Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944, 1912-28 SPD-Reichstagsabgeordneter, 1919/20 erster Reichskanzler der Weimarer Republik) verhaftet.

In den folgenden Tagen werden etwa 3.000 sozialdemokratische Politiker interniert (x032/68).

Juni 1933

NS-Regime: Bis Ende Juni 1933 läßt Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen (wie z.B. die SPD am 22.06.1933, DNVP = ehemaliger Koalitionspartner der NSDAP am 27.06.1933).

Der SA-Führer Ernst Röhm fordert im Juni 1933 die Fortsetzung der "deutschen Revolution" (x129/37): >>Die Sturmmänner der braunen Front haben unter namenlosen Opfern die Banner der deutschen Erhebung durch viele nachtdunkle Jahre von Feigheit, Verfolgung und Terror getragen. Durch die zahllosen, von Arbeit und Kampf und Blut beunruhigten Nächten leuchtete ihnen hellstrahlend ein Ziel: ein neues, in einer geistigen Revolution aus nationalsozialistischem und sozialistischem Geiste wiedergeborenes Deutschland!

Dieses Ziel ist noch längst nicht erreicht. Und solange das wirkliche nationalsozialistische Deutschland noch der Erfüllung harret, hört der erbitterte, leidenschaftliche Kampf der SA und SS nicht auf! ...

Die Leute, die überall "dabei sind" und – vorläufig noch leise – ihr brav-bürgerliches Sprüchlein von Ruhe und Ordnung murmeln, haben wir auf unserem jahrelangen Opfergang für das neue Deutschland unseres Sehns nicht gesehen. Bestenfalls standen sie beiseite und schauten zu, wie wir um Deutschland kämpften und bluteten. Ihnen waren wir zu unvornehm, zu laut, zu radikal!

Ihnen sind wir es noch und wieder. Ihnen genügt es, daß über Deutschland die schwarz-weiß-roten Farben des Bismarck-Reiches und als revolutionäre Konzession die Hakenkreuzfahne wehen. Ihnen reicht auch das bisher errungene Maß äußerer Macht, an der sie teilhaben dürfen. Sie wären sogar mit bedeutend weniger zufrieden, denn sie haben nicht darum zu kämpfen brauchen, sondern sind nur Nutznießer unseres Sieges! ...

Wir bekennen uns stolz und ohne Einschränkung zur hohen Ehre und schweren Verantwortung, die deutsche Revolution in Rollen gebracht zu haben. Unter unseren Sturmflaggen marschieren heute die Träger des Willens der deutschen nationalsozialistischen Revolution: Arbeiter, Bauern und Soldaten.

Wenn die Spießerseelen meinen, daß es genüge, wenn der Staatsapparat ein anderes Vorzeichen erhalten hat, daß die "nationale" Revolution schon zu lange dauert, so pflichten wir ihnen hierin ausnahmsweise gern bei: Es ist in der Tat hohe Zeit, daß die nationale Revolution aufhört und das daraus die nationalsozialistische wird!

Ob es ihnen paßt oder nicht, - wir werden unseren Kampf weiterführen. Wenn Sie endlich begreifen, um was es geht: mit ihnen! Wenn sie nicht wollen: ohne sie! Und wenn es sein muß: gegen sie! ...

Deutschland wird nationalsozialistisch oder es stirbt!

Und darum geht die deutsche Revolution weiter, bis das Hakenkreuz an unseren Fahnen und Abzeichen nicht mehr nur äußeres Symbol ehrlichen Bekennens oder konjunktureller Gleichschaltung, sondern heiliger Herzensbesitz des ganzen Volkes geworden ist! ...<<

Dr. Wolfgang Petter schreibt später über die "Sturmabteilung (SA)" in den Jahren 1933-1945 (x051/570): >>Sturmabteilung (SA) ... Von März bis Herbst 33 konnte die SA dann, hauptsächlich aus Beschäftigungslosen bestehend und gelegentlich sogar kriminell infiltriert, hemmungslos Rache an ihren politischen Gegnern und ideologischen Feinden nehmen (ca. 50.000 Häftlinge in eigenen, z.T. "wilden" KZ, Schutzhaft).

Ihren realen Macht- und Versorgungsansprüchen trat das Regime jedoch entgegen, das keinen Umsturz, sondern Gleichschaltung wünschte. Als die SA eine Zweite Revolution forderte, um überhaupt noch eine Aufgabe zu haben, wurde sie durch die Aktion des 30.6.34 (Röhm-Affäre) als Machtfaktor zugunsten der SS ausgeschaltet.

Der Ermordung von etwa 50 Führern durch die SS folgte eine rapide Schrumpfung. Sie sah sich nun von den kompromittierendsten Persönlichkeiten – Röhm an ihrer Spitze – befreit und

konnte endlich diejenigen ausscheiden, die Moral und Justiz widersprachen.

Die hohen Zahlenrückgänge ergaben sich v.a. aus der Wiederausgliederung sowieso inaktiver Teile, wie des ehemaligen "Kyffhäuser-Bundes" mit 1,5 Millionen, und der Massenentlassung von Mitläufern und Versorgungssuchenden. SS und HJ, die dem Stabschef nominell unterstanden hatten, wurden auch formal unabhängig.

Eine echte Einbuße bedeutete dagegen die Verselbständigung des NSKK und die Eingliederung des SA-Feldjägerkorps in die Schutzpolizei. Durch Letzteres wurde die SA dem polizeilichen Zugriff und, durch endgültige Verweigerung einer eigenen Gerichtsbarkeit, der öffentlichen Justiz bzw. der SS unterworfen.

Für Neuaufnahmen wurde ein Filter vorgeschaltet: Bewerber hatten vorher der HJ oder der Wehrmacht anzugehören. Der unkontrollierbare Massenzustrom mit seinen radikalierenden Folgen war damit unterbunden. Von 4,5 Millionen im Juni 34 sank die Mitgliederzahl bis September 34 auf 2,6 Millionen, bis Oktober 35 auf 1,6 Millionen und bis 1938 auf 1,2 Millionen ab.

Mit ihrer vollständigen Entwaffnung und der Abgabe ihrer Waffenbestände an die Reichswehr, wo diese die Wiederaufrüstung spürbar voranbrachten, verlor die SA ihr Drohpotential. Die Beschränkung auf Selbstverteidigungsmittel für Führer und wenige Stabswachen hob nicht nur ihre Eigenschaft als paramilitärischer Verband auf, die sich unter Röhms wieder eingestellt hatte, sondern stuft auch ihre Ausbildung auf Sport mit Wehrbezug herab.

Das Ausscheiden des Rowdytums auf dem Disziplinarweg und die Einschmelzung des ehemaligen Stahlhelm veränderten die SA nur langsam. Gewalttätige Vorkommnisse und vor allem die maßgebliche Beteiligung am Pogrom vom 9.11.38 (Kristallnacht) zeigen, daß die terroristische Energie der nationalsozialistischen Bewegung mehr oder minder latent in der SA gebündelt und abrufbar blieb, bis ihr der Krieg auf andere Weise ein Ventil öffnete. So behielt die SA, im Kontrast zu ihrem Machtverfall unter Röhms Nachfolger Lutze (Stabschef 1934-43), eine wichtige politische Funktion, die ihre weitere Existenz für das Regime durchaus rechtfertigte.

Neben Aufmärschen, Sammelaktionen u.ä. fiel ihr die vormilitärische Wehrerziehung zu, in der der Nationalsozialismus eine seiner Hauptaufgaben sah. Dabei verstärkte sich der Einfluß der entsprechend geschulten ehemaligen Stahlhelm-Angehörigen, denn Lutze beseitigte die gewachsenen Einheiten von Alt-SA und Stahlhelm zugunsten herkunftsmäßig gemischter und größtmäßig normierter Einheiten.

Am 15.2.35 erneuerte Hitler die Stiftung des SA-Sportabzeichens (ab 19.1.39 SA-Wehrabzeichen) dergestalt, daß es auch von Nichtmitgliedern der SA erworben werden konnte. Daß diese Prüfung den Nachweis nationalsozialistischer "Gesinnung" ohne größere Aktivitäten in der "Bewegung" ermöglichte, verlieh der SA beträchtliche Attraktivität. Galt sie doch offen als "das politisch harmloseste Unternehmen der Partei" (Heeresadjutant Engel, 1939), das bis Kriegsausbruch 1,5 Millionen junge Männer zum Nachweis der Systemkonformität in Anspruch nahmen.

Mit Kriegsausbruch übernahm die SA die Ausbildung zurückgestellter Wehrpflichtiger, die in den "SA-Wehrmannschaften" stattfand und bis April 40 noch einmal 1,5 Millionen Freiwillige erfaßte. Zugleich rückten 60 % der Mannschaften und 80 % der Führer in die Wehrmacht ein, da der SA-Dienst nicht vom Wehrdienst freistellte.

Eigene SA-Feldverbände analog zur Waffen-SS wurden nicht gebildet; nur im Sudetenland und in Danzig formierten sich vorübergehend SA-Freikorps. Die Rest-SA erledigte Hilfsaufgaben für Wehrmacht, Polizei, Zoll und Grenzschutz, Luftschutz, SS u.a.m.; 80.000 Bewaffnete unterstanden ... den Gauleitern als Polizeiverstärkung gegen Aufstände.

Zur Bildung des Volkssturms 1944/45 trug sie nur noch als Personalreservoir bei. Ihr letzter Stabschef, Wilhelm Schepmann (1943-45), wurde bei der Organisation übergangen und

brachte es auch nicht zum Reichsleiter in der Partei. Im Nürnberger Prozeß wurde die SA als nicht schuldig im Sinne der Anklagepunkte eingestuft.<<

06.07.1933

NS-Regime: Hitler informiert am 6. Juli 1933 während einer öffentlichen Rede über die Ausschaltung und Auflösung aller demokratischen Parteien (x149/73): >>Die politischen Parteien sind jetzt endgültig beseitigt. Dies ist ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielleicht noch gar nicht bewußt geworden ist. Wir müssen jetzt die letzten Überreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse, wie sie bis heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen, und die Verantwortung der Einzelpersonlichkeit überall zur Geltung bringen.<<

13.07.1933

NS-Regime: In allen NS-Reichsbehörden wird am 13. Juli 1933 der "deutsche Gruß" eingeführt (Erheben des rechten Armes mit den Worten "Heil Hitler" oder "Heil").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Deutschen Gruß (x051/-119): >>Deutscher Gruß (Hitlergruß), Erhebung des ausgestreckten rechten Arms bis in Augenhöhe bei geöffneter Handfläche zu den Worten "Heil Hitler!"

Der Deutsche Gruß, schon in der sogenannten Kampfzeit bei den Nationalsozialisten üblich, wurde seit 1933 in der deutschen Öffentlichkeit als einzige Grußform durchgesetzt; er wurde auch im Schriftverkehr verlangt in der Schlußformel "Mit deutschem Gruß Heil Hitler!" oder nur als Hitlergruß.

Die Propaganda leitete den Deutschen Gruß von der germanischen Akklamation her; die offene Hand sei Zeichen des waffenlosen Vertrauens unter "freien Menschen", der Deutsche Gruß habe "alles Unterwürfige" abgestreift.

Wie wenige amtliche Vorschriften des nationalsozialistischen Regimes stieß der Deutsche Gruß auf Widerstand, da er in vielen, insbesondere katholischen Gegenden an die Stelle religiöser Grußformen trat und daher als gotteslästerlich empfunden wurde.

Trotz mancher Verurteilung wegen Verweigerung des Deutschen Grußes blieb seine Unterlassung oder die Art der Ausführung (z.B. Verballhornung als "Drei Liter!") ein oft genutztes Ventil für die sonst nicht mögliche Kritik am Regime. Eine Nebenform des Deutschen Grußes ersetzte zunehmend auch Sondergrußformen wie "Glückauf!", "Waldmanns Heil!", an ihre Stelle trat ein einheitliches "Sieg Heil!"

In der Wehrmacht war der Deutsche Gruß statt des militärischen Grußes vorgeschrieben, wenn keine Kopfbedeckung getragen wurde, nach dem Attentat vom Zwanzigsten Juli 44 insgesamt obligatorisch.<<

14.07.1933

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 14. Juli 1933 ein "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" (x032/72): >>... In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. ...<<

Das NS-Regime erläßt am 14. Juli 1933 ferner ein "Gesetz über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche", um die evangelische Kirche in das NS-System einzuordnen.

Goebbels berichtet am 14. Juli 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Ich habe auch kein Mittel unversucht gelassen, um wenigstens die personelle Reform des Rundfunks an der Spitze absolut durchzuführen. ...

Ich habe dabei festgestellt, daß solche Reformen nur von Menschen durchgeführt werden können, die eine große Portion von Grausamkeit in sich tragen. ...

Ich habe mich letzten Endes entschlossen und diesen Entschluß schon immer gehabt, die Schlüsselstellungen beim Rundfunk mit 100 %igen Nationalsozialisten zu besetzen. ...<<

20.07.1933

Vatikan: Die katholische Kirche ist bis zur Machtübernahme Hitlers zwar ein entschiedener Gegner der NS-Bewegung, aber die Katholiken zeigen sich schon bald kompromißbereit. Am 20. Juli 1933 schließen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag mit der katholischen Kirche garantiert der NS-Staat "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion".

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über das Abkommen zwischen dem Vatikan und der NSDAP vom 20. Juli 1933 (x1.001/7): >>... Joseph Rovin (1918-2004, französischer Historiker und Journalist) ... kommentiert das diplomatische Abkommen zwischen dem Vatikan und dem faschistischen (nach dem Führerprinzip organisierten, nationalistischen, antidemokratischen, rechtsradikal regierten) Deutschen Reich am 20. Juli 1933: "Das Konkordat (staatliches Abkommen mit dem Vatikan) brachte der, fast überall als aus Usurpatoren ("Thronräubern"), wenn nicht gar Banditen bestehend angesehenen, nationalsozialistischen Regierung die Zustimmung zu einem Vertrag mit der ältesten internationalen Macht (dem Vatikan). In gewisser Weise war es die Entsprechung einer Urkunde über internationale Ehrenhaftigkeit (... Der politische Katholizismus in Deutschland, Paris 1956, S. 231 ...)."

Somit unterstützte der Papst, nicht zufrieden mit seiner "persönlichen" Unterstützung Hitlers, auf diese Weise moralisch auch das faschistische Deutsche Reich!

Zur gleichen Zeit, als jenseits des Rheins der Terror zu regieren begann und stillschweigend akzeptiert und gebilligt wurde, hatten die sogenannten "Braunhemden" bereits 40.000 Personen in KZs gesteckt. Die Pogrome vermehrten sich, während der Nazimarsch: "Und wenn das Blut von den Messern spritzt, fühl' ich mich noch mal so gut." (Horst-Wessel-Lied) erklang.

In den folgenden Jahren sah Papst Pius XII. noch schlechter, ohne beunruhigt zu sein. Es ist nicht überraschend, daß die katholischen Oberhäupter Deutschlands in ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem NS-Regime miteinander wetteiferten, ermutigt wie sie durch ihren römischen "Meister" waren. ...<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Konkordat" zwischen dem NS-Regime und der katholischen Kirche (x051/323-324): >>Konkordat (Reichskonkordat), Vertrag zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl vom 20.7.33.

Das Konkordat kam nach mehreren vergeblichen Anläufen in der Weimarer Republik durch seit April 33 zwischen Papen, Prälat Kaas und dem Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius XII.) laufende Verhandlungen zustande.

Das am 10.9.33 in Kraft getretene und die bestehenden Länderkonkordate (1924 Bayern, 1929 Preußen, 1932 Baden) weiter garantierende Vertragswerk sah u.a. vor:

Gewährleistung der "Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion" (Artikel 1), Garantien für das freie Besetzungsrecht der Kirche für alle Kirchenämter und Benefizien (Artikel 14), für Orden und Religionsgemeinschaften (Artikel 15), für das kirchliche Eigentum (Artikel 17), für die Erhaltung der katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen (Artikel 19), die Errichtung neuer philosophischer und theologischer Lehranstalten für den Klerus (Artikel 20), die Anerkennung des katholischen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen (Artikel 21), die Beibehaltung und Neueinrichtung von katholischen Bekenntnisschulen (Artikel 23), den Schutz katholischer Organisationen und Verbände, "die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen" (Artikel 31, dessen konkrete Ausfüllung Verhandlungen mit dem deutschen Episkopat vorbehalten bleiben sollte), das Verbot einer Mitgliedschaft für Geistliche und Ordensleute in politischen Parteien (Artikel 32).

Ein geheimes Zusatzprotokoll regelte die Stellung der Geistlichen bei Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Gegen Preisgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des deutschen Katholizismus (4./5.7.33 Selbstaflösung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei) hoffte der Vatikan angesichts der fortschreitenden totalitären Gleichschaltungsbestrebungen des Regimes durch ein Konkordat dem drohenden Kirchenkampf Einhalt gebieten und eine rechtlich abgesicherte Verteidigungsstellung für die Selbstbehauptung der katholischen Kirche, ihre Eigenständigkeit und den Schutz des wichtigen Laienelements schaffen zu können.

Die Vermutung, der Vatikan habe in einer Art "Dolchstoß" das Zentrum bereits im Wissen um einen bevorstehenden Abschluß eines Konkordats am 23.3.33 zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gedrängt, um es dann unmittelbar danach fallen zu lassen, ist nicht eindeutig zu belegen.

Für Hitler bedeutete das Konkordat außenpolitisch Anerkennung und Prestige v.a. gegenüber katholischen Ländern, eine völkerrechtliche Verbriefung seiner Vertragswürdigkeit und eine Durchbrechung der Isolierung Deutschlands, innenpolitisch einen beachtlichen Legitimitäts- und Loyalitätsgewinn bei den Katholiken, eine Anerkennung des Regimes durch den Vatikan sowie die Zerschlagung des politischen Katholizismus und eine Entpolitisierung der Geistlichkeit.

Das Konkordat konnte sofort einsetzende einseitige Verstöße besonders gegen die Artikel 15, 17, 19, 23, 31 - Verfolgung der katholischen Jugendverbände und Landesorganisationen, Offensive gegen die katholische Bekenntnisschule, Prozesse gegen Ordensgeistliche (Priesterprozesse), Diskriminierung der "Caritas" u.a. - nicht verhindern. Sie führten trotz laufender Proteste des Vatikans zur Verschärfung des Kirchenkampfes und am 14.3.37 zur päpstlichen Enzyklika "Mit brennender Sorge".

Die Beurteilung des Konkordats ist zwiespältig: Es spielte zwar eine wichtige Rolle bei der inneren und äußeren Stabilisierung des Regimes und der Ausschaltung seiner Gegner; andererseits rettete es aber für die katholische Kirche einen gewissen Freiraum der Selbstverteidigung und Nichtanpassung gegenüber den Eingriffen und Ansprüchen des Regimes und eine Rechtsgrundlage im Kirchenkampf und setzte damit dem Prozeß der allgemeinen Gleichschaltung des gesellschaftlichen und religiösen Lebens doch gewisse Grenzen.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.3.57 ist das Konkordat für die Bundesrepublik weiterhin gültig.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Pius XI." (x051/445): >>Pius XI., ursprünglich Achille Ratti, geboren in Desio 31.5.1857, gestorben in Rom 10.2.1939, Papst; 1879 Priesterweihe; 1914 Präfekt der Vatikanischen Bibliothek, 1919 Nuntius in Polen, 1921 als Kardinal Erzbischof von Mailand, 6.2.22 Wahl zum Papst.

Der Beginn des Pontifikats von Pius XI. fiel mit dem Aufstieg des italienischen Faschismus zusammen und stand zugleich unter dem Schock der bolschewistischen Kirchenverfolgung in Rußland. Alle Maßnahmen kirchenpolitischer Art zielten daher auf vertragliche Absicherung der katholischen Positionen durch Konkordate mit den verschiedenen Ländern: u.a. Bayern (29.3.24), Preußen (14.6.29), Baden (12.10.32), Österreich (5.6.33).

In den Lateranverträgen (11.2.29) gelang auch ein Ausgleich mit Mussolini, dessen antikomunistische Haltung eine gewisse Sicherung gegen sozialistische Umstürzler versprach.

Auch die nationalsozialistische Machtergreifung betrachtete Pius XI., seit 1930 beraten von Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius II.), zunächst v.a. unter diesem Gesichtspunkt, drängte den deutschen Episkopat zur Aufgabe der anti-nationalsozialistischen Haltung und erreichte am 20.7.33 auch mit dem Deutschen Reich ein Konkordat unter Opferung des politischen Katholizismus und um den Preis einer erheblichen internationalen Aufwertung des Dritten Reiches. Hatte er in Italien den Verlust der politischen Position noch durch die Belebung der Katholischen Aktion zum Teil wettmachen können, so wurde das als Schutz geplante Konkordat im Deutschen Reich Auftakt einer sich steigenden Kirchenverfolgung.

Lange ließ es Pius XI. bei Protestnoten (bis 1936: 34) bewenden, bis er in der Enzyklika "Mit brennender Sorge" (14.3.37) mit seinen Klagen an die Öffentlichkeit trat, ohne allerdings mehr als eine dramatische Verschärfung des Kirchenkampfes zu erreichen.<<

23.07.1933

Deutsches Reich: Die Liste der evangelischen Jungreformatoren "Evangelium und Kirche" tritt zwar am 23. Juli 1933 bei den Kirchenwahlen an, aber dank Hitlers massiver Unterstützung, der alle Machtmittel des NS-Regimes einsetzen läßt, kann der Wahlsieg der Deutschen Christen nicht verhindert werden.

Nach dieser Niederlage bereitet der Berliner Pfarrer Martin Niemöller (1892-1984) die Gründung eines "Pfarrernotbundes" vor.

Der evangelische Widerstand gegen die NS-Reichskirche

Innerhalb der evangelischen Kirche, die nach dem Ersten Weltkrieg und dem Untergang der Monarchie in 3 Gruppen (Lutheraner, Reformierte und Unierte) zersplittert war, bildeten protestantische Geistliche (wie der ehemalige Wehrkreispfarrer Ludwig Müller) eine rechtsradikale Glaubensbewegung ("Deutsche Christen" - DC).

Die "Deutschen Christen", zum größten Teil handelte es sich um national und konservativ gesinnte Pastoren, schlossen sich der NS-Volksbewegung an, um angeblich die Rechte der evangelischen Kirchengemeinden zu schützen, die Spaltung der 28 selbständigen Landeskirchen zu überwinden und mit Hilfe des NS-Regimes eine kirchliche Erneuerung durchzusetzen. Für Hitler war die Gründung der evangelischen NS-Reichskirche jedoch lediglich ein Mittel, um die evangelischen Kirchen gleichzuschalten und die diktatorische "NS-Kirchenpolitik" durchzusetzen.

Der von der NS-Partei unterstützte Reichsbischof Ludwig Müller übernahm ab September 1933 die Leitung der "Deutschen Christen". Müller setzt Hunderte von Pastoren ab, so daß sich immer mehr evangelische Gemeinden und Landeskirchen gegen die "Deutschen Christen" wehrten.

Obgleich die lutherische Tradition Gehorsamkeit gegenüber der staatlichen Obrigkeit forderte (sogenannte "Zwei-Reich-Lehre" vom göttlichen und weltlichen Reich), veranlaßte die Einschränkung der kirchlichen Tätigkeit durch das NS-Regime und die Unvereinbarkeit von Christentum und NS-Absolutheitsanspruch immer mehr wagemutige Pastoren, dem NS-Regime öffentlich zu widersprechen und entschiedenen Widerstand zu leisten.

Viele evangelische Theologen, wie Karl Barth (1886-1968), lehnten jegliche Zusammenarbeit mit den "Deutschen Christen" bzw. mit Hitlers NS-Reichskirche ab.

Barth schreibt z.B. im Juni 1933 in seiner Streitschrift "Theologische Existenz heute" (x199/-240): >>Ich halte dafür, daß das Ende der evangelischen Kirche gekommen wäre, wenn diese Lehre, wie es der Wille der "Deutschen Christen" ist, in ihr zur Alleinherrschaft kommen würde. Ich halte dafür, daß die evangelische Kirche lieber zu einem kleinsten Häuflein werden und in die Katakomben gehen sollte, als daß sie mit dieser Lehre auch nur von Ferne Frieden schlösse. ...<<

Im Juli 1933 schlagen Martin Niemöller, Hanns Lilje und andere Pfarrer eine von 2.000 Pastoren unterzeichnete Erklärung in den Kirchen an, die sich gegen die Diktatur der "Deutschen Christen" wendet (x199/241): >>In dieser ernsten Stunde, da wir aus schwerer Gewissensnot diesen Protest aussprechen müssen, geloben wir vor Gott, alle unsere Kräfte daran zu setzen, daß die Heilsbotschaft rein und lauter unter uns verkündet werde als die Offenbarung des lebendigen Gottes in Christus. ...<<

Drei Monate später gründete Pastor Niemöller mit anderen Pastoren in Berlin-Dahlem den "Pfarrernotbund", der sich gegen die Gleichschaltung der evangelischen Kirche wehrte und im Mai 1934 die Bekennende Kirche ins Leben rief.

Im Jahre 1935 übernahm Pfarrer Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) die Leitung des Prediger-

seminars der Bekennenden Kirche. Bonhoeffer, eine führende Persönlichkeit des kirchlichen Widerstandes, bestand nicht allein auf dem Recht freier Kirchenarbeit, sondern er war auch bereit, sein Leben als Christ zu opfern. Bonhoeffer kritisierte den rein kirchlichen Widerstand und nahm später Kontakt mit politischen Widerstandsgruppen auf, um den "Antichristen" Hitler auszumerzen. Er beabsichtigte, "nicht nur Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen".

Bonhoeffer ist schon frühzeitig davon überzeugt, daß der kirchliche Widerstand ein Weg des Leidens sein wird (x199/244-45): >>Wer in die Nachfolge Jesu eintritt, gibt sich in den Tod Jesu, das ist von Anfang an so.

Nachfolge ist Bindung an den leidenden Christus. Darum ist das Leiden des Christen nichts Befremdliches. Es ist vielmehr lauter Gnade und Freude. Die Berichte über die ersten Märtyrer der Kirche bezeugen es, daß Christus den Seinen den Augenblick des höchsten Leidens verklärt durch die unbeschreibliche Gewißheit seiner Nähe und Gemeinschaft. So wurde ihnen mitten in der furchtbaren Qual die höchste Freude zuteil.<<

In den folgenden Jahren wurden die Gewaltmaßnahmen des NS-Regimes ständig heftiger. Das kirchliche Leben wurde planmäßig behindert. Die Jugendarbeit und das kirchliche Schrifttum wurden vielerorts lahmgelegt. Amtsenthebungen oder Inhaftierungen vieler Pfarrer und Theologieprofessoren, Verbote von Veröffentlichungen und Zeitungen der Kirchen waren an der Tagesordnung. Eingriffe des NS-Regimes in Verwaltung und Vermögen der evangelischen Kirche konnten ebenfalls nicht verhindert werden.

Die Bekennende Kirche sammelte im Laufe der Jahre ungeachtet aller Schikanen die Mehrheit der evangelischen Pastoren um sich, die sich eindeutig hinter Bibel und Bekenntnis stellten und trotz aller Gefahren Widerstand leisteten.

Friedrich Weißler (1891-1937, juristischer Mitarbeiter in der Kirchenleitung der Bekennenden Kirche) wurde am 8. Oktober 1936 von der Gestapo verhaftet, am 13. Februar 1937 ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und nach nächtelangen Folterungen am 19. Februar 1937 ermordet. Friedrich Weißler, der erste Märtyrer des evangelischen Kirchenkampfes, war jüdischer Herkunft. Pastor Bonhoeffer, Pastor Schneider und viele andere Märtyrer sollten später folgen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Deutschen Christen (x051/-115-116): >>Deutsche Christen (DC), zunächst Sammelbezeichnung für Gruppen in der Deutschen Evangelischen Kirche, die völkischen Ideen nahe standen und die NSDAP förderten, später (1932) Eigenbezeichnung der Mitglieder der "Glaubensbewegung Deutsche Christen", die auf Initiative des märkischen Gauleiters Kube ins Leben gerufen wurde. "Reichsleiter" wurde Pfarrer Hossenfelder.

Ziel der Deutschen Christen war die am Führerprinzip ausgerichtete evangelische Reichskirche auf der Grundlage von Rasse und Volk.

Die Brücke zwischen Kirche und Nationalsozialismus hatte die politische Theologie geschlagen, hervorgegangen aus der Geschichtstheologie der Vorkriegszeit, die für die Deutschen und ihr Reich einen Sonderplatz im göttlichen Heilsplan reklamierte. Verunsichert durch die sozialistische Revolution und die brutale Kirchenverfolgung im bolschewistischen Rußland, suchten die konservativen Kräfte der evangelischen Kirche das Bündnis mit der völkischen Bewegung.

Man sah im Evangelium "das höchste ewige" und im deutschen Volkstum "das höchste zeitliche Gut". Markstein dieser Entwicklung wurde der "vaterländische Kirchentag" in Königsberg 1927, auf dem der Theologe P. Althaus die Weichen zu "deutscher Verkündigung des Evangeliums" stellte. Der nebulöse Punkt 24 ("positives Christentum") des Parteiprogramms der NSDAP ließ diese bei der Hitlerbewegung gut aufgehoben erscheinen.

Zwar brachten die Kirchenwahlen 1932 in Preußen noch nicht den Sieg der frisch etablierten

Deutschen Christen, doch immerhin fast ein Drittel der Sitze in den entscheidenden Gremien. Die Machtergreifung Hitlers gab dann neue Impulse, zumal der Kanzler im April 33 den Königsberger Wehrkreispfarrer L. Müller, der den Deutschen Christen nahe stand, zu seinem Berater in Angelegenheiten der evangelischen Kirche machte.

Der attraktivste Programmpunkt der Deutschen Christen, Errichtung einer evangelischen Reichskirche, brachte paradoxerweise zunächst einen Rückschlag: Mit 91 : 8 Stimmen wählten die Vertreter der 28 Landeskirchen am 27.5.33 den Leiter der Betheler Anstalten von Bodelschwingh zum ersten Reichsbischof und nicht den Hitler-Protegé Müller.

Daß mit einem Bodelschwingh weder Führerprinzip noch Arierparagraph in der Kirche Einzug halten würden, war Hitler klar. Mit Verfahrenstricks (fehlende Verfassung einer Reichskirche) und Bestellung staatlicher Kirchenkommissare schikanierte man Bodelschwingh zum Rücktritt. Erneute und sehr kurzfristig angesetzte Kirchenwahlen am 23.7.33 ergaben nun nach massiver Intervention Hitlers einen Erdrutschsieg der Deutschen Christen in den Synoden. Am 27.9.33 wählte die Nationalsynode in Wittenberg Ludwig Müller einstimmig zum Reichsbischof.

Die Landeskirchen aber ließen sich nicht ohne weiteres gleichschalten. Auch erster theologischer Widerstand gegen das Eindringen vor allem der nationalsozialistischen Rassenideologie in die Kirche regte sich in Gestalt des Pfarrernotbundes, gegründet von Niemöller.

Die Deutschen Christen aber überreizten ihre Karte, als ihr radikaler Flügel auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast am 13.11.33 handstreichartig die Übernahme des Arierparagraphen ins kirchliche Leben durchzusetzen versuchte. Die 20.000 Versammelten beschlossen bei einer (!) Gegenstimme u.a.: Die deutsche "Volkskirche" müsse sich freimachen vom "Alten Testament und seiner jüdischen Lohnmoral", solle ein "heldisches Jesusbild" vermitteln und Nicht-Arier aus ihren Reihen ausschließen.

Aus dem Sturm der Entrüstung gegen diesen Beschluß, der den Juden Jesus zum Kronzeugen des Antisemitismus machte, entwickelte sich die Bekennende Kirche. Massenausritte dagegen schwächten die Deutschen Christen und den "Reibi" (Reichsbischof) Müller, so daß Hitler das Interesse an dieser seiner fünften Kolonne in der evangelischen Kirche verlor. Er setzte fortan auf Administration und Konfrontation.

Trotz aller Anbiederung gewannen die Deutschen Christen nie wieder entscheidenden Einfluß. Nach dem Rücktritt des ersten Reichsleiters Hossenfelder Ende 1933 übernahm die Führung Christian Kinder und steuerte unter der Bezeichnung "Reichsbewegung Deutsche Christen" volksmissionarisch Reformkurs. Es kam aber zu Abspaltungen etwa der Thüringer unter Leffler und Julius Leutheuser, die schon 1927 eine Deutsche-Christen-Bewegung gegründet hatten.

Auf Reichsebene nannten sich die Deutschen Christen, nun geleitet von Werner Petersmann, seit 1938 "Luther-Deutsche". Daneben existierten allerlei Arbeitsgemeinschaften und landeskirchliche Gruppen in wechselnden Bündnissen, die 1939 ein "Institut zur Erforschung (sprich: Eliminierung) des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben" gründeten. Sie hatten sich trotz aller Brückierungen durch führende Nationalsozialisten wie Himmler, Rosenberg oder Bormann, die kirchliche Umarmung argwöhnten, nicht von den antisemitischen und völkischen Anfängen gelöst; für manche hatte Hitler gar Offenbarungscharakter. In ihren Zeitschriften "Evangelium im Dritten Reich" (1932-36) und "Die Nationalkirche" (1932-41) feierten sie die Wiederentdeckung der Schöpfungsordnungen von Volk, Staat, Rasse, Familie.

Nach dem Zusammenbruch verboten die Alliierten die Deutschen Christen; gegen einige ihrer Führer gingen die Landeskirchen mit einem "Verfahren zur Wiederherstellung eines an Amt und Bekenntnis gebundenen Pfarrerstandes" vor.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Kirchenkampf" gegen das NS-Regime (x051/310): >>Kirchenkampf, kirchenhistorische Epochenbezeichnung für die Geschichte v.a. der beiden großen Konfessionen im Dritten Reich.

Kirchenkampf (auch Kirchenstreit, -wirren) meinte Ende 33 zunächst nur das Ringen in der evangelischen Kirche um das wahre Bekenntnis und die Abwehr der Irrlehren der Deutschen Christen, dehnte sich dann auf den weltanschaulichen Konflikt mit dem Nationalsozialismus aus und wurde so auch auf den Kampf der katholischen Kirche um Selbstbehauptung und Verkündigung übertragen.

Umgekehrt bezeichnet Kirchenkampf die Gesamtheit der nationalsozialistischen Maßnahmen und Pläne zur Disziplinierung, Gleichschaltung, Zurückdrängung und letztlich Vernichtung der Kirchen und des Christentums.<<

25.07.1933

NS-Regime: Hitler erklärt am 25. Juli 1933 während des 15. Deutschen Turnfestes in Stuttgart (x032/75): >>Im Dritten Reich lebt nicht nur das Wissen, sondern auch die Kraft, und schönstes Ideal ist uns der Menschentypus der Zukunft, bei dem strahlender Geist sich findet in herrlichem Körper. ...<<

28.07.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 28. Juli 1933 (x243/49): >>Oberbürgermeister Dr. H. ... seines Amtes enthoben. ... Die Führung der Amtsgeschäfte ist ... in die Hand des Fraktionsführers der NSDAP ... gelegt. ...<<

31.07.1933

NS-Regime: Am 31. Juli 1933 befinden sich bereits 26.789 NS-Regimegegner (politische Gefangene, Schriftsteller und Pastoren) in der NS-Schutzhaft (x032/76).

Gegen die willkürliche Verhängung der Schutzhaft und Einweisung in Konzentrationslager gibt es gemäß "Reichstagsbrandverordnung" keine Einspruchsmöglichkeit.

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 31. Juli 1933 (x243/49): >>Das Kultusministerium hat ... angeordnet, daß Schüler ... den Lehrern ... in der Schule künftig den Hitlergruß zu erweisen haben. ...<<

03.08.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 3. August 1933 (x243/49): >>Der stellvertretende Stadtvorstand erklärt vor dem mit Hitlergruß eröffneten Gemeinderat: ... "Ich bekam am Freitag von der Regierung in Stuttgart den Auftrag, auf das Rathaus zu gehen und die Geschäfte der Stadt zu übernehmen. Dies geschah dann auch im Beisein des stellvertretenden Kreisleiters." ...

Eine besondere Begründung für die Dienstentlassung des bisherigen Stadtvorstandes zu geben, habe man keine Veranlassung. ... Man habe sich davon überzeugt, daß Oberbürgermeister Dr. H. ... nicht für den Nationalsozialismus in der gegebenen Weise einzutreten bereit war. ...<<

07.08.1933

NS-Regime: Die "Schlesische Tageszeitung" berichtet am 7. August 1933 (x050/75): >>Die Kreisleitung Breslau teilt mit, daß Frauen mit geschminktem Gesicht der Zutritt zu allen Veranstaltungen der NSDAP verboten ist. Die Amtsleiter sind angewiesen, eine entsprechende Kontrolle durchzuführen.<<

13.08.1933

NS-Regime: DAF-Leiter Robert Ley (1890-1945, Selbstmord) erklärt in der Zeitung der Deutschen Arbeitsfront vom 13. August 1933 (x243/56): >>... Unser Staat ist ein autoritärer Staat. ... Während der alte Staat ein Nachtwächterstaat war, ist unser Staat ein Erziehungsstaat. ... Er läßt die Menschen nicht los. Von der Wiege bis zum Grabe.

Und so fangen wir schon beim Kinde von 3 Jahren an, sobald es anfängt zu denken, bekommt

es ein Fähnchen zu tragen. Alsdann folgt die Schule, die HJ, die SA, der Wehrdienst. Wir lassen die Menschen nicht los, und wenn das alles vorbei ist, kommt die Deutsche Arbeitsfront und nimmt die Menschen immer wieder auf und läßt sie nicht mehr los bis zum Grabe, mögen sie sich auch dagegen wehren. ...<<

22.08.1933

NS-Regime: Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 22. August 1933 (x050/75): >>Der Erfurter Polizeipräsident hat, wie berichtet, die Inhaber von Gaststätten, Cafés usw. aufgefordert, in ihren Lokalen Schilder mit der Aufschrift "Damen werden gebeten, nicht zu rauchen" anzubringen. ...

Sollte das irgendwo nicht der Fall sein, würde er sich veranlaßt sehen, die Namen der betreffenden Gaststätten öffentlich bekanntzugeben.<<

23.08.1933

NS-Regime: Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 23. August 1933 (x050/130): >>Der Inspektor West im Jugendherbergsverband hat für alle westdeutschen Jugendherbergen die Auf-führung von modernen Tänzen und das Spielen von Schlagern verboten. In Zukunft sollen in den Jugendherbergen nur noch deutsche Weisen zu hören und alte Volkstänze zu sehen sein.<<

28.08.1933

NS-Regime: Reichspropagandaminister Goebbels erklärt am 28. August 1933 (x191/61): >>... Wir setzen unsern ganzen Stolz darein, uns selbst zu helfen. ... Diesen schweren Winter werden wir überwinden! Wir werden uns mit ganzer Kraft gegen die Not und gegen das Elend auflehnen. Die Stärkeren werden die Schwächeren mitziehen, und im nächsten Frühjahr fangen wir dann wieder an, aufs neue die Offensive gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen. ...<<

02.09.1933

NS-Regime: In Wittenberg beruft die erste deutsche evangelische Nationalsynode der Deutschen Christen Landesbischof Ludwig Müller am 2. September 1933 zum ersten Reichsbischof der Deutschen Evangelischen Kirche.

Im "Börsenblatt" vom 2. September 1933 fordert der Reichsstand des Deutschen Handels (x032/84): >>Die Führung des Reichsstandes des Deutschen Handels erwartet von jedem deutschen Kaufmann, daß er Neueinstellungen von Angestellten vornehmlich aus den Kreisen der SA und SS vornimmt.

Mit dem heutigen Tag wird zu diesem Zweck in jedem Ort eine besondere Arbeits-Vermittlungsstelle errichtet.<<

03.09.1933

NS-Regime: Hitler erklärt am 3. September 1933 auf dem NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>... Die Nation aber fühlt allmählich die Entstehung einer neuen politischen Führung, der sie sich steigernd mehr und mehr ergibt. ...

Zu ihrer Gedankenwelt aber bekennt sich als Anhänger heute die überwältigende Mehrheit aller Deutschen. ...<<

Der französische Botschafter in Berlin, Andre Francois-Poncet, berichtet später über diesen NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>Der Reichsparteitag in Nürnberg, der "Reichsparteitag des Sieges" vom Anfang September; zeigt Deutschland fertig, vollkommen, triumphierend.

Bei der Partei gehen Beitrittsanträge in Massen ein, sie muß den Eintritt sperren, um nicht überflutet zu werden. Das erstaunliche an dieser Revolution ist die Schnelligkeit, mit der sie vor sich ging, aber auch die Leichtigkeit, mit der sie sich überall vollzog, der geringe Widerstand, dem sie begegnete. ...<<

Ein Zeitzeuge berichtet später über die NS-Reichsparteitage in Nürnberg (x191/74-75): >>Mir fiel jedesmal wieder von neuem auf, mit welchem Gesichtsausdruck einer fast biblischen Hin-

gabe die Menschen Hitler wie verückt und verzaubert ansahen. Es war wie ein Massentau- mel, der Tausende und Abertausende den ganzen langen Weg über beim Anblick Hitlers er- faßte. Wie im Delirium streckten die Menschen ihm die Arme entgegen und begrüßten ihn mit lauten Schreien und Heilrufen. ...

Irgendwie wurde auch die geistige Widerstandskraft gelähmt – man hatte fast das Gefühl, als müsse man an sich halten, um nicht auch mit in den Jubel einzustimmen.<<

15.09.1933

NS-Regime: Der Sicherheitsdienst (SD) meldet am 15. September 1933 aus Bayern (x149/-80): >>Verschiedene Personen mußten in Schutzhaft genommen werden wegen Beleidigung des Herrn Reichskanzlers und der nationalen Regierung.<<

20.09.1933

NS-Regime: Der Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken berichtet am 20. Septem- ber 1933 (x149/83): >>Die Stimmung gegen die Juden auf dem flachen Lande findet ihren Ausdruck in vielfachen Verboten von Ortspolizeibehörden gegen die Juden.

Anschläge an den Ortseingängen "Juden unerwünscht", "Zutritt zum Viehmarkt für Juden ver- boten", Ausschluß aus öffentlichen Bädern, Anschläge von "Prangerlisten" mit Namen von Personen, die bei Juden kaufen, sind vielfach im Land, aber auch in den Städten ... zu fin- den.<<

21.09.1933

Deutsches Reich: Die Berliner Pfarrer Niemöller, Jacobi und von Rabenau gründen am 21. September 1933 den Pfarrernotbund, um gegen die "neue kirchliche NS-Ordnung" und vor allem gegen das Eindringen von NS-Gedankengut zu kämpfen. Jeder evangelische Pfarrer, der Mitglied des Pfarrernotbundes wird, muß eine Erklärung unterschreiben.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Pfarrernotbund" (x051/-442): >>Pfarrernotbund, am 21.9.33 vom Berliner Pfarrer Niemöller und seinen Amtskollegen Jacobi und von Rabenau gegründete Vereinigung evangelischer Geistlicher, die sich gegen die neue kirchliche Ordnung unter einem Reichsbischof (L. Müller), vor allem aber gegen das Eindringen von nationalsozialistischem Gedankengut in die Kirche wandten.

Beim Eintritt in den Pfarrernotbund unterschrieben die Seelsorger folgende Erklärung:

"1. Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes auszurichten und allein in der Bin- dung an die Heilige Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Heiligen Schrift.

2. Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren.

3. Ich weiß mich nach bestem Vermögen mit verantwortlich für die, die um solchen Bekennt- nisses willen verfolgt werden.

4. In solcher Verpflichtung bezeuge ich, daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist."

Diese radikale Besinnung auf das Bekenntnis war im Sommer 33 eingeleitet worden durch die Schrift von Barth "Theologische Existenz heute" und richtete sich gegen den staatlichen Ver- such, die Kirche für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Zudem wollte der Pfarrernot- bund verhindern, "daß sich ein unevangelischer Führerbegriff bei uns einschleicht".

Aus dem Bund, dem bereits am 15.1.34 mit 7.036 Mitgliedern fast die Hälfte der evangeli- schen Geistlichen angehörte, ging der Reichsbruderrat hervor, der die Barmer Bekenntnissyn- ode einberief und damit den Anstoß gab zur Organisierung der Bekennenden Kirche. Trotz nie abreißender Verfolgung während des Kirchenkampfes, trotz KZ-Haft Niemöllers (1937-45) gelang es den Behörden nie, den Pfarrernotbund ganz auszuschalten.<<

23.09.1933

NS-Regime: Am 23. September 1933 beginnt südlich von Frankfurt/Main der Autobahnbau.

Bis September 1937 stellt man schon 1.450 km fertig (x032/383). Ende 1938 sind insgesamt 3.000 Autobahn-Kilometer fertiggestellt. Im Volksmund heißen die Reichsautobahnen später "Hunger- oder Elendsstraßen", weil sie häufig ausgestorbenen Geisterbahnen ähneln. Aus der 3.870 km langen "Reichsautobahn" entwickelt sich später ein über 8.000 km langes Straßennetz, das heute noch zu den leistungsfähigsten Schnellstraßen der Welt zählt.

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über den Bau der "Autobahn" durch die NSDAP (x051/-54-55): >>(Autobahn) ... Schon am 27.6.33 erließ Hitler ein Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens "Reichsautobahn" (RAB) unter J. Dorpmüller und berief den Ingenieur F. Todt zum "Generalinspektor des deutschen Straßenwesens"; die HAFRABA wurde zur GEZUVOR (Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahn).

Das Gesetz sah zunächst folgende Strecken (insgesamt 6.900 km) vor:

1. Lübeck – Hamburg – Hannover – Kassel – Frankfurt.
2. Stettin – Berlin – Leipzig – Hof – Nürnberg – München.
3. Aachen – Köln – Magdeburg – Berlin.
4. Saarbrücken – Kaiserslautern – Mainz – Frankfurt – Fulda – Erfurt – Leipzig – Dresden – Breslau – Beuthen.
5. Saarbrücken – Landau – Bruchsal – Ludwigshafen – Stuttgart – Ulm – München – Berchtesgaden.
6. Hamburg – Wittenberg – Spandau – Berlin – Glogau – Breslau.

Am 23.9.33 tat Hitler in Frankfurt den ersten Spatenstich, bereits am 19.5.35 wurde als erstes RAB-Teilstück die Strecke Frankfurt – Darmstadt freigegeben, am 15.12.38 waren 3.000 km fertig.

Bautechnisch hatte die Autobahn in der Regel eine Kronenbreite von 24 m, aufgeteilt in zwei Fahrbahnen von 7,50 m Breite, die durch einen 5 m breiten Mittelstreifen geteilt waren und an jeder Seite einen Randstreifen von 2 m hatten; die Straßendecke bestand meist aus 20 cm starkem Stampfbeton. Autobahnstraßen sollten sich harmonisch "schwingend" oder in "kühnen Kurven" in die Landschaft einpassen, waren als gigantisches Gesamtkunstwerk konzipiert: "Die Erfüllung des reinen Verkehrszweckes ist nicht der letzte Sinn des deutschen Straßenbaus. Die deutsche Straße muß Ausdruck ihrer Landschaft und Ausdruck deutschen Wesens sein" (Todt, 1934).

Besonders Brücken, deren Architektur sich wieder am Vorbild vergangener Jahrhunderte orientierte, sollten als massige Kunstwerke zu "Sinnbildern der Ewigkeit" werden; sie bestanden deshalb meist aus behauenen Natursteinen.

Eine so kostspielige, auf "vielhundertjährigen Bestand" ausgerichtete Baukultur war nur im totalitären Staat möglich, der keine Kontrollen zu beachten hatte, der problemlos Grundstücke enteignen oder umlegen und ein Heer von Arbeitskräften beliebig dirigieren konnte.

Arbeitsbeschaffung war schon bei den privaten Planern das zentrale Argument zur Rechtfertigung des Autobahnbaus: "Nirgends können so viele ungelernete Arbeiter Beschäftigung finden als gerade im Straßenbau" (HAFRABA, 1931). Seit 1933 schickten die Arbeitsämter Hunderttausende von Arbeitslosen auf die Autobahnbaustellen (Ablehnung zog Verlust der Arbeitslosenunterstützung nach sich).

Obwohl die mit dem Bau befaßten Industriezweige aufblühten, blieben die Löhne auch nach Rückgang der Arbeitslosigkeit niedrig, wurden zudem KZ-Häftlinge und Fremdarbeiter eingesetzt (besonders in Steinbrüchen). Die meist von ihren Familien getrennten Arbeiter lebten in Barackenlagern mit paramilitärischen Strukturen (Organisation Todt).

Die Autobahnplanungen bezogen bereits früh militärische Gesichtspunkte mit ein. Verkehrspolitiker betonten: "Die Straßen Adolf Hitlers sind Straßen des Friedens. Aber selbstverständlich rollen auf ihnen auch die motorisierten Einheiten der neuen starken deutschen Wehrmacht, wenn es gilt, den Bestand und das Lebensrecht des deutschen Volkes zu sichern" (Zeit-

schrift "Straße", 1938).

Kurzfristige Truppenbewegungen ließen sich über die Autobahn schneller als mit der Reichsbahn durchführen; so konnte Generaloberst Guderian 1940 feststellen: "Wir haben die Segnungen der Reichsautobahn schon auf dem Befreiungsmarsch nach Wien und dann beim Aufmarsch um das Sudetenland, beim Anmarsch gegen die Tschechoslowakei, gegen Polen und gegen die Westmächte genossen. Welch eine Freude, innerhalb des Reichsgebietes zu marschieren."

Im Krieg sind zwar Teile der Autobahn zerstört worden, dennoch gehören sie zu den wenigen nationalsozialistischen Großbauten, die im Nachkriegsdeutschland weitgehend unverändert genutzt werden konnten. Auch ihr Nimbus hat sich als stabil erwiesen: In apologetischen Darstellungen des Nationalsozialismus bilden "Hitlers" Autobahnen wesentliche Versatzstücke.<<

27.09.1933

NS-Regime: Hitlers Kirchenbeauftragter Ludwig Müller wird am 27. September 1933 zum Reichsbischof gewählt. Müller versucht danach, die Opposition mit Suspendierungen und "Maulkorberlassen" zum Schweigen zu bringen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ludwig Müller (x051/393): >>Müller, Ludwig, geboren in Gütersloh 23.6.1883, gestorben in Berlin 31.7.1945, deutscher evangelischer Theologe; 1908 ordiniert, im Ersten Weltkrieg Marinepfarrer, 1918-26 Garnisonspfarrer in Wilhelmshaven, 1926-33 Wehrkreispfarrer in Königsberg.

Hier begegnete Müller 1927 Hitler, der den relativ unbekanntem, gemäßigten Anhänger der Deutschen Christen im April 33 zu seinem "Vertrauensmann und Bevollmächtigten für Fragen der Evangelischen Kirche" ernannte.

Der "fromme Routinier" (Scholder) Müller sollte eine einheitliche Deutsche Evangelische Kirche aus den 28 Landeskirchen formen und erhielt dafür volle staatliche Unterstützung von der Ausbootung Bodenschwings über Kirchenverfassung (11.7.33) und Kirchenwahlen (23.7.33) bis zu seiner Wahl zum Reichsbischof (volkstümlich-spöttisch "Reibi" abgekürzt) am 27.9.33. Dann aber versteifte sich der Widerstand der Bekennenden Kirche gegen Müller und sein zentralistisches Programm, das zugleich nationalsozialistischen Positionen wie Führerprinzip oder Arierparagraph in der Kirche Geltung verschaffen sollte.

Als er Ende Dezember 33 die evangelischen Jugendorganisationen eigenmächtig in die HJ überführte, war eine Verständigung mit der Opposition nicht mehr möglich. Endgültig entmachtet wurde Müller nach Einsetzung von Reichskirchenminister Kerrl (16.7.35), ohne daß er formal zurücktrat. Nach Angaben der Kirchenkanzlei beging Müller nach Kriegsende Selbstmord, was aber von Familie und Freunden bestritten wurde.<<

04.10.1933

NS-Regime: Das NS-Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 gewährleistet, daß nur noch rechtsradikale Journalisten leitende Positionen übernehmen dürfen (x023/133): >>Die im Hauptberuf oder auf Grund der Bestellung zum Hauptschriftleiter ausgeübte Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften durch Wort, Nachricht oder Bild ist eine in ihren beruflichen Pflichten und Rechten vom Staat durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe.

Niemand darf sich Schriftleiter nennen, der nicht nach diesem Gesetz dazu befugt ist. ...

Schriftleiter sind in Sonderheit verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, was ... geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Inneren ... zu schwächen ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Schriftleitergesetz" des NS-Regimes (x051/521): >>Schriftleitergesetz, am 4.10.33 erlassenes Gesetz zur Gleichschaltung der deutschen Presse, das die "Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften durch Wort, Nachricht

und Bild" als durch "Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe" bestimmte.

Schriftleiter konnte nur sein, wer "arischer" Abstammung "und nicht mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet" war, die deutsche "Reichsangehörigkeit" und die "Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter" besaß, dazu alle "Eigenschaften, ... die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert".

Nach dem Schriftleitergesetz und seinen Durchführungsverordnungen sollte der Journalist im Dritten Reich "in erster Linie Diener der Volksgemeinschaft und erst in zweiter Angestellter eines privaten Verlags" sein. Die Schriftleiter wurden durch das Schriftleitergesetz zum "Reichsverband der Deutschen Presse" (über 20.000 Mitglieder) zusammengeschlossen, der als öffentlich-rechtliche Körperschaft der Reichspressekammer angehörte.<<

08.10.1933

NS-Regime: Pastor Paul Schneider (1897-1939, evangelischer Pastor der Kirchengemeinde Hochelheim bei Wetzlar) wird wegen seiner Kritik an der NS-Weltanschauung und den "Deutschen Christen" am 8. Oktober 1933 durch Bischof Müller gerügt.

14.10.1933

NS-Regime: Als Hitlers Wunsch nach Rüstungsgleichheit abgelehnt wird und das Deutsche Reich weitere 4 Jahre warten soll, gibt Hitler am 14. Oktober 1933 seinen Beschluß bekannt, die Genfer Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten.

Hitler fordert damals eigentlich nichts, was man dem Deutschen Reich im Rahmen der internationalen Gleichberechtigung gerechterweise längst hätte zugestehen müssen, denn die Deutschen werden seit dem Ersten Weltkrieg militärisch wehrlos gehalten und sind fast unbewaffnet. Das Deutsche Reich ist seit Jahren von hochgerüsteten Staaten "eingekreist" und hat keine Verbündeten.

Hitler erläutert am 14. Oktober 1933 in einer Rundfunkrede den Austritt aus dem Völkerbund (x032/92): >>Als Kanzler des deutschen Reiches und Führer der Nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß treten wird, die ebensowohl der Liebe zu unserem Volk und der Achtung seiner Ehre entspringen, wie auch der Überzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der tragbaren Anwendung der gleichen Lebensrechte aller.<<

Nach dem Völkerbundsaustritt beginnt verstärkt die "heimliche Aufrüstung".

15.10.1933

USA: Die "New York Times" berichtet am 15. Oktober 1933 über Hitlers "legale Machtübernahme" und würdigen die "Leistungen" des NS-Regimes (x025/130): >>Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums - all dieses ist gut. ...<<

17.10.1933

NS-Regime: Um die Machtposition des NS-Regimes nicht zu gefährden, läßt Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß (1894-1987) am 17. Oktober 1933 einen sogenannten Duldungserlaß herausgeben, der Benachteiligungen wegen kirchlicher Zugehörigkeit ausdrücklich untersagt. Gleichzeitig beginnen jedoch massive Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen widerspenstige Geistliche.

23.10.1933

NS-Regime: Um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, versucht das NS-Regime, die Frauenarbeit zu reduzieren.

Der "Völkische Beobachter" meldet am 23. Oktober 1933 (x050/63): >>Die Frau in das Hauswesen, der Mann an die Arbeitsstätte! ...

Im Kampf um die Arbeitslosigkeit ist die Zurückführung der Frau von der Arbeitsstätte in den Haushalt, wo das irgendwie angängig ist, eine der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaft. Die Reichsregierung hat in dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit den Weg dazu bereitet, indem sie für die Förderung der Eheschließungen ein Ehestandsdarlehen bis zu 1.000 RM in Aussicht stellte. ...<<

24.10.1933

NS-Regime: Hitler erklärt am 24. Oktober 1933 während einer Rede im Berliner Sportpalast (x023/201): >>Wir kennen nur ein Ziel auf der Welt: Nicht Haß anderen Völkern, sondern Liebe zu der deutschen Nation. –

Ich bitte das ganze deutsche Volk, wenn ich mich jemals ... irren würde, oder wenn das Volk einmal glauben sollte, meine Handlungen nicht decken zu können, dann kann es mich hinrichten lassen. Ich werde ruhig standhalten!<<

Oktober 1933

NS-Regime: Walter Ulbricht (1893-1973) emigriert im Oktober 1933 nach Paris und 1938 nach Moskau). Ulbricht ist wie viele andere Emigranten nicht bereit, Gesundheit oder Leben für den deutschen Freiheitskampf zu gefährden bzw. zu opfern.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Innere Emigration" (x051/277): >>Innere Emigration, von Thieß 1933 geprägte Bezeichnung für die Widerstandshaltung von in Deutschland nach der Machtergreifung verbliebenen Schriftstellern.

Der Begriff innere Emigration wurde später ausgeweitet auf alle, die sich dem Nationalsozialismus verweigerten, aber ihre Heimat nicht verlassen wollten.

Zwischen Emigration und Innerer Emigration kam es bald zu Kontroversen, die auch nach dem Krieg nicht verstummten, zumal nun auch der bloße Rückzug ins Private von vielen als innere Emigration ausgegeben wurde. Hinzu kam der Vorwurf, daß Bleiben - u.a. durch Steuerzahlen, Konsum, Wehrdienst - jeden in Teilbereichen zum Komplizen des Unrechtsregimes machte.

Was gebliebene Gegner des Nationalsozialismus als Widerstand meinten, sah zudem von außen kaum danach aus, da es sich im gleichgeschalteten Staat sprachlich raffiniert - u.a. durch Anleihen beim Gegner, Teilzustimmung - tarnen mußte.<<

CSR: Der Turnlehrer Konrad Henlein gründet im Oktober 1933 die "Sudetendeutschen Heimatfront" (ab 1935 Sudetendeutsche Partei = SDP), um die deutsche "Kultur- und Schicksalsgemeinschaft" zu verteidigen.

Nach Hitlers Machtergreifung reagiert die tschechische Regierung mit panikartigen Reaktionen. Ab 1933 beschleunigt man die bisherigen Enteignungsmaßnahmen und verstärkt die wirtschaftliche und soziale Ächtung der Sudetendeutschen. Die sudetendeutschen Politiker und deutschen Einrichtungen werden danach noch drastischer bekämpft. Hochverratsprozesse, Zwangsaufösungen von deutschen Vereinen und Zeitungen sowie sonstige Schikanen sind an der Tagesordnung. Die Tschechoslowakei nimmt jedoch gleichzeitig reichsdeutsche Emigranten auf. Der Exilvorstand der SPD läßt sich damals in Prag nieder.

Obleich die sudetendeutschen Parteien bis 1938 ständig im tschechoslowakischen Parlament vertreten sind und ihre Bereitschaft zur Loyalität erklären, gelingen keine wesentlichen Annäherungen. Die staatlich gelenkten Zwangsmaßnahmen, willkürliche Benachteiligungen und diskriminierende Herabsetzungen verursachen unentwegt neue Spannungen, so daß die tschechisch-deutschen Beziehungen später immer unversöhnlicher werden.

01.11.1933

NS-Regime: Goebbels erklärt während der Eröffnung der NS-Reichskulturkammer am 1. November 1933 (x121/34): >>Die Revolution, die wir gemacht haben, ist eine totale. Sie hat alle Gebiete des öffentlichen Lebens erfaßt und von Grund auf umgestaltet. Sie hat die Beziehungen der Menschen zum Staat und zu den Fragen des Daseins vollkommen geändert und neu-

gestaltet. ...<<

06.11.1933

NS-Regime: Die Zeitung "Wiesent-Bote" berichtet am 6. November 1933 über eine NS-Wahlversammlung (x149/88): >>Unter starkem Beifall erklärte der Redner: Wer am 12. November sich nicht mit einem Ja hinter die deutsche Regierung stellt, ist ein Verräter am deutschen Volk, ist ein Judas Ischariot und nicht wert, daß ihn die deutsche Erde trägt, denn er ist dann nicht für den Frieden und die Verständigung, sondern für den Bolschewismus und ein Feind Deutschlands.

(Jeder Deutsche könne mit Ja stimmen,) weil Hitler nicht den Krieg, sondern den Frieden, und ein freies und geachtetes Deutschland will. ...<<

08.11.1933

NS-Regime: Die Reutlinger Lokalpresse berichtet am 8. November 1933 (x243/51): >>Anordnung der Kreisleitung. – Der Führer und die deutsche Arbeiterschaft demonstrieren für Friede und Gleichberechtigung. ...

Adolf Hitler spricht ... am 10. November im Siemenswerk Berlin. ...

Anordnung an alle!

Punkt 13 Uhr heult die Sirene im Siemenswerk, und Punkt 13 Uhr sind in ganz Deutschland sämtliche Sirenen und andere Alarmgeräte in Tätigkeit zu setzen. In allen Fabriken, Betrieben, ... Amtsstuben, Kaufhäusern, Werkstätten versammeln sich um 13 Uhr ... die Belegschaften um die Lautsprecher ... und hören die Rede des Führers gemeinsam mit ihren Arbeitgebern an.

...<<

12.11.1933

NS-Regime: Bei den Wahlen zum Reichstag und der Volksabstimmung am 12. November 1933 stimmen 92,1 % der wahlberechtigten Deutschen für die NSDAP und 95,1 % bestätigen die Ziele der NS-Außenpolitik (x032/99).

13.11.1933

NS-Regime: Während einer Massenkundgebung im Berliner Sportpalast fordert der radikale Flügel der Deutschen Christen am 13. November 1933 die Übernahme des Arierparagraphen, die Lösung vom jüdischen Alten Testament und die Entlassung von nichtarischen Mitarbeitern der Kirche.

Die Reutlinger Lokalpresse berichtet am 13. November 1933 über die Reichstagswahl und die Volksabstimmung (x243/51): >>Vor den Wahllokalen, die um 9 Uhr geöffnet wurden, standen die Wähler bereits Schlange. ... Mancher Wahlbezirk konnte schon um 12 Uhr feststellen, daß nahezu 90 % aller Wahlberechtigten ihrer Pflicht genügt haben.

Um so intensiver konnten die Wahlhelfer der NSDAP (dar)angehen, die restlichen Wähler zur Urne zu holen. ... (Es wurde) ein großartiger Schlepperdienst organisiert. ...

Ganze Familien sah man (vor der Wahlkoje) Schlange stehen. ... Wer einen Bleistift bei sich hatte, ... schrieb auf dem nächsten besten Fenstersims seine beiden Kreuze in die richtigen Kreise.

Vor dem Wahllokal wurden dann wie angekündigt schöne Plaketten abgegeben, die die Wähler sichtbar ansteckten. Auf dieser Weise konnte jeder kontrolliert werden. ...

In unermüdlichem Eifer waren die SA- und SS-Leute sowie die übrigen Formationen der NSDAP und des Stahlhelms bestrebt, den letzten Mann zur Wahl zu bewegen. In den Wirtschaften wurden Kontrollen abgehalten, insbesondere standen auf dem Bahnhof und an den Ortsausgängen Kontrollposten, um die Wegreisenden an ihre Pflicht zu gemahnen. ...<<

14.11.1933

NS-Regime: Vizekanzler Franz von Papen gratuliert Hitler am 14. November 1933 während einer Sitzung des NS-Reichskabinetts zur erfolgreichen "Reichstagswahl" (x032/98): >>... Wir, Ihre nächsten und engsten Mitarbeiter, stehen noch vollkommen unter dem Eindruck des ein-

zigartigsten, überwältigendsten Bekenntnisses, das jemals eine Nation ihrem Führer abgelegt hat.

In 9 Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen.

Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt, weil sie fühlten, daß es ihr großer Wunsch war, alle Volksgenossen - gleich wo sie früher standen - unter Ihrer Führung zu vereinen.

Damit ist die nationalsozialistische Bewegung zum totalen Staat geworden. ...

Aus historischer Perspektive dieser Tage betrachtet, wird der 12. November ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, weil von hier aus innere, soziale Wirkungen im Kampf für die abendländische Kultur weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus ausstrahlen werden ...

Der Traum von den zwei Deutschlands, die man gegeneinander ausspielen könnte, ist endgültig ausgeträumt. ...<<

16.11.1933

USA: Nordamerika nimmt am 16. November 1933 wegen der japanischen Expansion im Fernen Osten diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf (x041/93).

27.11.1933

NS-Regime: Am 27. November 1933 gründet die "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) in Berlin die nationalsozialistische Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (KdF).

Die KdF-Freizeitorganisation plant danach die Freizeitgestaltung der deutschen Volksgenossen. Man veranstaltet z.B. Theateraufführungen, Konzerte und Urlaubsreisen, um die NS-Arbeiter für "zukünftige Aufgaben" zu stärken.

Dr. Reinhard Barth schreibt später über die NS-Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (x051/327-328): >>Kraft durch Freude (KdF) Freizeitorganisation im Rahmen der Deutschen Arbeitsfront (DAF), gegründet 27.11.33; der Name soll auf einen Vorschlag Hitlers zurückgehen.

Nach dem Vorbild der italienischen faschistischen Organisation Dopolavoro war KdF dazu bestimmt, durch ein reichhaltiges Angebot an Freizeitgestaltung v.a. die dem Nationalsozialismus noch fernstehende Arbeiterschaft zu gewinnen. Dabei griff man ebenso auf die bewährte sozialistische Praxis (z.B. Arbeiterbildungsvereine) zurück, wie man sich der Einrichtungen und des Vermögens der Gewerkschaften bediente.

KdF umfaßte folgende Ämter: 1. Amt "Feierabend" veranstaltete Theateraufführungen, Konzerte u.a., die bis 1938 von ca. 38 Millionen Menschen besucht wurden; dazu politische Kurse des Deutschen Volksbildungswerks;

2. das Sportamt leitete den Betriebssport zur "Wehrtüchtigung" und "rassischen Vervollkommnung";

3. das Amt "Schönheit der Arbeit" bemühte sich um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ästhetische Gestaltung des Arbeitsplatzes;

4. im Amt "Wehrmachtsheime" wurde eine Verbindung zu Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst hergestellt;

5. das Amt "Reisen, Wandern und Urlaub" organisierte (bis 1938) für ca. zehn Millionen Menschen Urlaubsreisen, v.a. in touristisch wenig erschlossene Gebiete wie Bayerischer Wald oder Masuren, aber auch ins Ausland (Italien) und über See. Vor allem diese Kreuzfahrten trugen zur Popularität von KdF bei; die weiße "Flotte des Friedens" der KdF-Schiffe (u.a. "Wilhelm Gustloff") wurde bei Auslandsreisen bewußt als Botschafterin des Nationalsozialismus eingesetzt.

Die weitergehenden Ziele des hoch subventionierten Freizeitunternehmens im Rahmen der Kriegsvorbereitung wurden von führenden Funktionären nach Kriegsbeginn offen zugegeben:

"Wir schickten unsere Arbeiter nicht auf eigenen Schiffen auf Urlaub oder bauten ihnen gewaltige Seebäder, weil uns das Spaß machte ... Wir taten das nur, um (sie) gestärkt und neu ausgerichtet an (ihren) Arbeitsplatz zurückkehren zu lassen" (DAF-Pressereferent Starcke, 1940).

Die Einrichtungen von KdF erwiesen sich auch als brauchbar für Kriegszwecke. Die Passagierdampfer wurden als Truppentransporter eingesetzt, die Ferienburgen an der See zu Lazaretten umgebaut, das KdF-Auto (Volkswagen), auf das 300.000 Besteller sparten, verließ das KdF-Werk im späteren Wolfsburg (damals: Stadt des KdF-Wagens) als Kübelwagen der Wehrmacht.<<